

**Erschienen in:** Ulrich Sarcinelli, Jürgen W. Falter, Gerd Mielke, Bodo Benzner (Hrsg.), Politische Kultur in Rheinland-Pfalz, Mainz/München 2000, 461-482.

Harald Schoen, Cordula Niedereiz, Claudio Caballero:

Politische Eliten in Rheinland-Pfalz: eine quantitativ-empirische Studie

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.**

I.

Seit jeher wird Eliten ein entscheidender Einfluß auf das Schicksal von Gesellschaften zugeschrieben. So sah Ortega y Gasset in der politischen Elitenherrschaft einen Schutz gegen den Verfall kultureller und moralischer Werte, die der "Aufstand der Massen" in Frage gestellt und auf diese Weise eine Krise der westlichen Kultur heraufbeschworen habe.<sup>1</sup> Die gerade gegenteilige Wirkung schreibt Lasch der "blinden Elite" in den zeitgenössischen USA zu, wenn er sie für den gesellschaftlichen Niedergang verantwortlich macht.<sup>2</sup> Einer ähnlich kritischen Betrachtung erfreut sich die Führungsschicht in der Bundesrepublik. So finden sich die Wirtschaftsführer in Deutschland als "Nieten in Nadelstreifen"<sup>3</sup> bezeichnet. Der "politischen Klasse" wird vorgeworfen, sie sei "selbstbezogen und abgehoben"<sup>4</sup>, kümmere sich nicht um die Belange des Volkes und wirtschaftete hauptsächlich in die eigene Tasche.<sup>5</sup>

Mit solch zugespitzter Kritik ist häufig die Überzeugung verbunden, die gesellschaftliche Elite könnte, sofern sie sich ihrer Verantwortung bewußt würde und ihr gemäß handelte, das Schicksal des Landes zum Besseren wenden. Diese Hoffnung findet sich unterschwellig in dem Appell von Glotz, Süßmuth und Seitz an die Mitglieder der Führungsschicht, über die Grenzen ihrer Fachgebiete hinweg zu kooperieren und der Gesellschaft den Glauben an ein gemeinsames Ziel zu verleihen, damit Deutschland die Zukunft nicht versäume.<sup>6</sup> Ganz offen hat Bundespräsident Herzog der Führungsschicht diese Rolle in seiner sogenannten Berliner Rede zugewiesen, indem er an die Eliten appellierte, das als richtig Erkannte auch gegen öffentliche Widerstände durchzusetzen, da sich nur unter der Führung der Eliten in Deutschland die Reformen verwirklichen ließen, die erforderlich seien, um dem Land den Weg ins 21. Jahrhundert zu ebnet.<sup>7</sup>

Ganz gleich, ob als Hoffnungsträger oder als Sündenbock, der maßgebliche Einfluß der Elite auf das Schicksal eines Volkes ist unbestritten. Aus diesem Grunde erscheint es interessant zu erfahren, welche Personen in einer Gesellschaft an den Schaltstellen sitzen und welche

<sup>1</sup> Vgl. Ortega y Gasset (1993).

<sup>2</sup> Vgl. Lasch (1995).

<sup>3</sup> Vgl. Ogger (1992).

<sup>4</sup> Vgl. von Arnim (1997).

<sup>5</sup> Vgl. etwa von Arnim (1993).

<sup>6</sup> Vgl. Glotz, Süßmuth, Seitz (1992), S. 14-17.

<sup>7</sup> Vgl. Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog im Hotel Adlon am 26. April 1997 (<http://www.bundespraesident.de/n/nph-b/reden/de/berlin.htm>).

Werthaltungen und Ansichten sie vertreten. Dieser Frage wollen wir für die Führungsschicht in Rheinland-Pfalz, gestützt auf eine Umfrage aus dem Frühjahr 1998,<sup>8</sup> nachgehen. Damit beschreiten wir in gewisser Weise wissenschaftliches Neuland. Denn während die Führungskräfte der ursprünglichen Bundesrepublik wie des wiedervereinten Deutschlands wiederholt Gegenstand empirischer Untersuchungen<sup>9</sup> waren, liegt bisher keine regionale Elitestudie vor, die nicht nur die Spitzen einzelner gesellschaftlicher Sektoren,<sup>10</sup> sondern sämtliche Führungspersönlichkeiten umfaßt.

Die weiteren Ausführungen gliedern sich in vier Abschnitte. Da dem Beitrag eine Befragung der rheinland-pfälzischen Führungsschicht zugrunde liegt, folgen zunächst einige Bemerkungen zur Auswahl der Befragten und zur Durchführung der Erhebung. Im empirischen Teil werden wir uns einerseits mit der Zusammensetzung der Elite befassen, andererseits deren politische Einstellungen und Verhaltensweisen untersuchen, ehe wir unsere Darlegungen mit einem knappen Fazit beschließen werden.

## II.

Am Beginn einer Elitenuntersuchung steht die Frage, welche Personen zur Führungsschicht in einer Gesellschaft zu rechnen seien. Dazu ist es erforderlich, die Merkmale festzulegen, anhand derer sich die Elite von den übrigen Mitgliedern einer Gesellschaft abhebt. Gegen zahlreiche andere Elitebegriffe, die den interessierenden Personenkreis etwa über Wissen, Leistung oder bestimmte Werthaltungen definieren,<sup>11</sup> hat sich in der empirischen Eliteforschung die gesellschaftliche Macht als Abgrenzungskriterium durchgesetzt. Danach gehört zur Elite, wer wesentliche gesellschaftliche Entscheidungen zu beeinflussen vermag.<sup>12</sup> Auf dem Weg zu einer empirischen Elitestudie schließt sich die Frage an, wie gesellschaftliche Macht zu messen sei. Dieses Ziel zu erreichen konkurrieren in der Eliteforschung drei Ansätze, von denen in der Forschungspraxis die Positionsmethode am

---

<sup>8</sup> Für die Anregung und Finanzierung dieses Projekts gebührt der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz Dank.

<sup>9</sup> Vgl. etwa Edinger (1960), Zapf (1965). Elitenbefragungen wurden für die ursprüngliche Bundesrepublik 1968, 1972 und 1981, für das vereinigte Deutschland 1995 durchgeführt. Vgl. zu den ersten drei Studien Hoffmann-Lange (1992) sowie für eine Übersicht der Publikationen zu diesen Wildenmann et al. (1982), S. 23-24, zu letzterer Untersuchung Bürklin/Rebenstorf (1997).

<sup>10</sup> Beispielsweise liegen einige Untersuchungen zu Parlamentariern in einzelnen Bundesländern vor. Vgl. für einen Überblick Patzelt (1995), S. 15-16.

<sup>11</sup> Vgl. zur Diskussion von Macht- und Werteliten etwa Lenk (1982), S. 30-36.

<sup>12</sup> Vgl. Hoffmann-Lange (1992), S. 19. Der Erfolg des damit verknüpften Begriffs "Funktionselite" verdankt sich dem Einfluß Otto Stammers. Vgl. Stammer (1951).

gebräuchlichsten ist.<sup>13</sup> Gestützt auf die Prämisse, die Ausübung von Macht sei auf die Verfügungsgewalt über Ressourcen gegründet, die wiederum an Führungspositionen gesellschaftlich wichtiger Institutionen geknüpft sei, gelten die Inhaber von Spitzenpositionen als Elite. Diese Herangehensweise ist einerseits theoretisch stichhaltig, andererseits aus pragmatischen Gründen attraktiv, da sich der Kreis der zu untersuchenden Personen mit Hilfe von Organigrammen ermitteln läßt.

Problematisch an dieser Methode ist die Bestimmung von Einfluß über formale Entscheidungsbefugnisse. Denn formale Kompetenzen erfassen lediglich den potentiellen Einfluß von Amtsinhabern, so daß diese Vorgehensweise Gefahr läuft, das Machtpotential mit tatsächlichem Einfluß zu verwechseln. Daraus können zweierlei Fehler bei der Elitenauswahl resultieren. Zum einen gelten Personen mit erheblichen formalen Kompetenzen als einflußreich, auch wenn sie ihr Einflußpotential nicht nutzen. Zum anderen bleiben tatsächlich einflußreiche Personen, die kein hochrangiges Amt bekleiden, außer Betracht. Dies trifft auf *elder statesmen* zu, die, obgleich sie sich von ihrer formalen Position bereits zurückgezogen haben, weiterhin Einfluß ausüben, wie auf Aufsteiger, die, ohne in der Hierarchie eine obere Sprosse erklommen zu haben, bereits über Macht verfügen. Ebenso bleiben graue Eminenzen unberücksichtigt, deren faktischer Einfluß auf sozialer Nähe zu den mit formalen Kompetenzen ausgestatteten Entscheidungsträgern beruht.<sup>14</sup>

Hat man sich trotz ihrer Schwächen für die Positionsmethode entschieden, bleibt zu klären, wie eng der Begriff des Einflusses auf gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen gefaßt werden soll.<sup>15</sup> In einer engen Abgrenzung würde man allein den direkten Einfluß auf normsetzende Entscheidungen gelten lassen und neben den 101 Landtagsabgeordneten die Mitglieder der Landesregierung, die Inhaber von Vorstandspositionen in den Parteien sowie die Ministerialbürokratie ab der Abteilungsleiterebene einbeziehen. Wie die bundesweiten Studien berücksichtigen wir darüber hinaus jene Stellen, die mit der Macht über gesellschaftlich bedeutsame Einzelentscheidungen verknüpft sind, also die Spitzen der Justiz sowie von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften als Protagonisten in der ökonomischen Arena. Ferner können Routineentscheidungen in kumulierter Form eine Prägekraft auf die Gesellschaft entfalten, weshalb auch nachgeordnete Behörden und Geschäftsführungspositionen Eingang finden. Schließlich darf der indirekte Einfluß, der der Definitionsmacht über Probleme und Lösungsvorschläge entspringt, nicht vernachlässigt

---

<sup>13</sup> Daneben werden der Reputations- und der Entscheidungsansatz verwendet. Vgl. dazu Hoffmann-Lange (1992), S. 355-359 und Drewe (1974), S. 163-169, der auch verschiedene Varianten der gängigen Herangehensweisen diskutiert.

<sup>14</sup> Vgl. Hoffmann-Lange (1992), S. 92-93.

<sup>15</sup> Eine ausführliche Diskussion der sektoralen Abgrenzung liefert Hoffmann-Lange (1992), S. 90-112.

werden, weshalb wir die öffentliche Meinung beeinflussende Sektoren einbezogen haben. Dabei wurden als Medienvertreter die Chefredakteure und die Leiter der Politik- und Wirtschaftsredaktionen der großen Zeitungen in Rheinland-Pfalz sowie der Fernseh- und Rundfunkanstalten im Lande befragt. Hinter den Sektoren Kultur und Kirche verbergen sich beispielsweise Feuilletonchefs und Intendanten von Theatern und Orchestern bzw. Bischöfe und Kirchenpräsidenten. Die sonstigen Vereinigungen umfassen Organisationen wie die Arbeiterwohlfahrt, das Rote Kreuz oder den Bund für Umwelt- und Naturschutz. Diesen aus bundesweiten Eliteuntersuchungen bekannten Kreis an Führungskräften haben wir schließlich um Kommunalpolitiker und führende Parteipolitiker auf Kreisebene ergänzt. Denn stehen gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen in Rheinland-Pfalz zur Diskussion, wächst auch der kommunalen Ebene, die auf Bundesebene nicht ins Gewicht fällt, eine gewisse Macht zu.<sup>16</sup>

Um die Zielpersonen<sup>17</sup> zu befragen, haben wir uns anders als die bundesweiten Untersuchungen, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, gegen eine mündliche und für eine schriftlich-postalische Erhebung in Anlehnung an die Total Design Method nach Dillman<sup>18</sup> entschieden. Von den insgesamt 831 Befragten antworteten 434, was einer ermutigenden Rücklaufquote von 52,2% entspricht. Für die Analyse ist jedoch nicht nur der Rücklauf insgesamt wichtig, vielmehr ist interessant, wie die einzelnen Sektoren abschneiden. Eindeutig an der Spitze liegen die Politiker auf Landes- und Bezirksebene, gefolgt von der Ministerialverwaltung, der Justiz und der Wissenschaft. Am anderen Ende der Verteilung finden sich die Kulturvertreter, die Politiker auf der Kreisebene sowie die Spitzen in Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Diese disparaten Rücklaufquoten resultieren in einer Überrepräsentation ersterer und Unterrepräsentation letzterer Sektoren, weshalb Aussagen über die Elite insgesamt stets mit einem Blick auf diese Verzerrungen zu lesen sind, da diese die Repräsentativität der Ergebnisse beeinträchtigen können.

- Tabelle 1 etwa hier -

### III.

---

<sup>16</sup> Die Spitzen der in Rheinland-Pfalz stationierten Bundeswehr-Einheiten haben wir ausgespart, da es sich bei diesen anders als etwa im Falle von Interessenverbänden nicht um landesspezifische Vereinigungen handelt; vielmehr sind die Bundeswehrstandorte mehr oder minder willkürlich über das Bundesgebiet verteilt, ohne daß ein lokaler Bezug bestünde.

<sup>17</sup> Im Falle von Ämterkumulationen haben wir die entsprechende Person stets der höherrangigen Funktion zugeordnet, also etwa den Landesvorsitzenden einer Partei mit Landtagsmandat als Abgeordneten befragt.

<sup>18</sup> Vgl. Dillman (1978). In Deutschland wurde die Total Design Method bereits von Hippler, Seidel (1985) und Niedermayer (1989), S. 182-189 angewandt.

Kommen wir nun zur Frage, welche Personen die Führungspositionen innehaben. Zieht man soziodemographische Kategorien heran, fällt zunächst die deutliche Dominanz der Männer auf. Lediglich 13% der Spitzenpositionen sind mit Frauen besetzt, während diese in der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung die Mehrheit stellen (vgl. Tabelle 2).<sup>19</sup> Die schwache weibliche Präsenz in der Elite darf jedoch nicht zu dem voreiligen Schluß verleiten, diese beruhe auf Diskriminierung. Denn die Zusammensetzung der Führungsschicht resultiert nicht nur aus den Einstellungsentscheidungen der Auswahlgremien, sondern hängt auch vom Kandidatenreservoir ab. Erst wenn sich in einem Vergleich der Inhaber und der Anwärter auf Führungspositionen ein deutliches Ungleichgewicht zugunsten der Männer ergäbe, könnte man von Diskriminierung sprechen. Solange dies nicht bewiesen ist, kann nicht ausgeschlossen werden, daß schlicht weniger Frauen als Männer den Aufstieg in Spitzenpositionen überhaupt ins Auge fassen.<sup>20</sup>

Die höchsten Frauenanteile finden sich im Landtag, den Gewerkschaften und den Parteien. Dagegen sind weibliche Führungskräfte in der Verwaltung, der Justiz, der Wirtschaft und den Medien erheblich rarer. Der deutliche Unterschied zwischen Verwaltung und Justiz auf der einen und der politischen Sphäre auf der anderen Seite erscheint sehr plausibel, wenn man sich vor Augen hält, daß es in der öffentlichen Verwaltung keine institutionalisierte Bevorzugung von Frauen geben darf,<sup>21</sup> während sich in den Parteien sowohl für innerparteiliche Führungspositionen als auch für die Nominierung von Kandidaten für öffentliche Ämter mehr oder minder formelle Frauenquoten eingebürgert haben.

- Tabelle 2 etwa hier -

Auch im Hinblick auf das Lebensalter unterscheidet sich die Elite erheblich von der Gesamtbevölkerung. Während in dieser die Personen relativ gleichmäßig über die einzelnen Kohorten verteilt sind<sup>22</sup>, setzt sich die Elite vornehmlich aus 40- bis 65jährigen zusammen

---

<sup>19</sup> Laut amtlicher Statistik lag 1995 der Frauenanteil in Rheinland-Pfalz bei 51,1%. Vgl. [http://www.brandenburg.de/statreg/daten\\_02/d02a02.htm](http://www.brandenburg.de/statreg/daten_02/d02a02.htm).

<sup>20</sup> Gründe dafür können etwa in dem während der Sozialisation erworbenen Rollenverständnis oder den größeren familiären Lasten, die Frauen im allgemeinen aufgebürdet werden, gesucht werden. Siehe etwa Jennings (1983), S. 364-365.

<sup>21</sup> Nach Art. 33 II GG dürfen keine zugeschriebenen Merkmale wie das Alter, die soziale Herkunft oder das Geschlecht bei der Rekrutierung und der Beförderung als Kriterium herangezogen werden, sondern einzig und allein die Leistung. Siehe Derlien (1988), S. 58.

<sup>22</sup> Die Daten hierzu sind entnommen: [http://www.brandenburg.de/statreg/daten\\_02/d02a03a.htm](http://www.brandenburg.de/statreg/daten_02/d02a03a.htm). Da die hier betrachteten Elitepositionen die Volljährigkeit voraussetzen, empfiehlt es sich, in der Bevölkerung nur die Erwachsenen zum Vergleich heranzuziehen. In Ermangelung von Daten, die einzelne Jahrgänge ausweisen, haben wir als Behelfslösung die mindestens 20jährigen berücksichtigt.

(vgl. Abbildung 1). Jüngere sind noch nicht in Spitzenpositionen vorgedrungen, während die Älteren bereits wieder ausgeschieden sind. Ihren Niederschlag findet diese Altersverteilung in dem relativ hohen Durchschnittsalter von 51,8 Jahren, was kaum zu erstaunen vermag, da eine Spitzenposition in der Regel erst nach dem Durchlaufen einiger Karrierestationen übernommen werden kann.

- Abbildung 1 etwa hier -

Mit durchschnittlich weniger als 50 Jahren sind die Spitzenvertreter in den Gewerkschaften, die Landtagsabgeordneten sowie die parteipolitische Elite auf der Kreisebene am jüngsten. Am anderen Ende der Verteilung stehen die Justiz, die Verwaltung sowie Kirche und Kultur; auch die Führungskräfte in der Wirtschaft bewegen sich mit knapp 55 Jahren deutlich über dem Durchschnitt (vgl. Tabelle 2).

Dieses Ergebnis erscheint folgerichtig, wenn man sich die von Zapf herausgearbeitete Unterscheidung zwischen Delegations- und Ernennungseliten vor Augen hält.<sup>23</sup> Die Führungskräfte in Justiz, Ministerial- und nachgeordneter Verwaltung gehören zu letzteren, die sich in herrschaftlich organisierten Verbänden finden und ernannt werden, wenn sie bestimmten objektiven Kriterien genügen. In diesen Zweigen ist eine bestimmte Laufbahn zu absolvieren, um in eine Spitzenposition zu gelangen, so daß diese, sieht man von Sprungbeförderungen ab, am Ende einer recht langen Zeit des Dienens in Vorpositionen steht. Überdies ist bereits der Einstieg in eine solche Karriere mit relativ hohen Hürden versehen: um in den höheren Dienst eintreten zu können, ist ein Universitätsexamen nachzuweisen.<sup>24</sup>

Delegationseliten sind dagegen in mitgliedschaftlich organisierten Verbänden anzutreffen und werden mit Hilfe des Wahlmechanismus rekrutiert. In der Politik wie in den Gewerkschaften entscheidet ein demokratisches Votum, mithin die Meinung der Wähler, deren Kriterien sich über die Zeit leicht wandeln können, und nicht ein objektiver Maßstab über den Aufstieg in Spitzenpositionen. Sofern es jemandem mit charismatischen Fähigkeiten<sup>25</sup> gelingt, das jeweilige Elektorat zu begeistern, kann er auch als Neuling eine Führungsposition erklimmen, was in ersteren Sektoren institutionell ausgeschlossen ist. Die Tatsache, daß die Altersverteilungen nicht noch stärker auseinanderfallen, liegt wohl darin begründet, daß die in

---

<sup>23</sup> Vgl. Zapf (1965), S. 64-67. Diese Überlegung hat sich auch zur Erklärung der Elitentransformation in den neuen Bundesländern als fruchtbar erwiesen. Vgl. Derlien (1998), S. 15-16.

<sup>24</sup> Die Kirchengipfel und Wirtschaftsführer zählen in Zapfs Terminologie zu den patriarchalen Eliten, deren Karriereweg zwar nicht über formale Regeln festgelegt, aber faktisch ebenfalls vorgezeichnet ist. Vgl. Zapf (1965), S. 66 und 157.

<sup>25</sup> Der heute gebräuchliche Charismabegriff ist ein allenfalls mattes Abbild dessen, was Max Weber (1980), S. 140-148 mit "charismatischer Herrschaft" verband.

politischen Sektoren verwendeten Auswahlkriterien positiv mit dem Lebensalter verknüpft sind - hier ist etwa an die parteiinterne "Ochsentour" zu denken, die jemand zu absolvieren hat, ehe er in Führungspositionen aufrücken kann.<sup>26</sup>

Die angesprochene Kopplung einiger Laufbahnen an bestimmte qualifikatorische Voraussetzungen läßt vermuten, daß die Führungskräfte im allgemeinen eine überdurchschnittliche formale Bildung aufweisen. Zum anderen ist ein Bildungsgefälle zugunsten der Segmente mit qualifikatorischen Eintrittshürden, etwa der Wissenschaft, der Justiz und der Verwaltung, zu erwarten. Die erste Vermutung findet uneingeschränkt Bestätigung, da von den Befragten 86% mindestens die Fachhochschulreife, 74% die allgemeine Hochschulreife abgelegt und 81% ein Studium aufgenommen haben.

Zwischen den Sektoren finden sich ebenfalls plausible Differenzen. Ein Hochschulstudium haben alle Befragten in der Justiz, den Kirchen und der Kultur absolviert, in der Ministerialverwaltung und der Wissenschaft<sup>27</sup> annähernd alle, mithin in genau jenen Sektoren, in denen bestimmte Bildungszertifikate als notwendige Bedingung für den Einstieg in eine Laufbahn gelten. Den Gegenpol bilden die Gewerkschaften mit einem Akademikeranteil von 42%, was wenig verwundert, weil zahlreiche Gewerkschaften genau jene Arbeitnehmer organisieren, die einen Beruf ausüben, der keinen akademischen Abschluß erfordert. Dahinter folgen die führenden Parteipolitiker auf der Kreisebene und die Landtagsabgeordneten mit jeweils etwa einem Drittel Nicht-Akademikern. Diese relativ hohen Werte lassen sich damit erklären, daß es für Parteiämter oder Landtagsmandate keine formalen Rekrutierungskriterien gibt - allein die Vorlieben der jeweiligen Wählerschaft entscheiden. Obgleich nicht unabdingbar, kann sich eine hohe formale Bildung jedoch als hilfreich erweisen, in der Politik aufzusteigen.<sup>28</sup>

Die Kenntnis dieser Mechanismen erlaubt einen differenzierteren Blick auf die schwach ausgeprägte weibliche Note in der rheinland-pfälzischen Elite. Bis in die siebziger Jahre hinein entschieden sich deutlich weniger Frauen als Männer für ein Studium.<sup>29</sup> Damit kamen bis in diese Zeit von vornherein kaum Frauen dafür in Frage, eine mit Qualifikationshürden versehene Karriere aufzunehmen. Bedenkt man ferner, daß Führungspositionen nicht am Anfang einer Laufbahn erreicht werden, so vermag es nicht zu verwundern, daß sich das wachsende weibliche Streben nach akademischen Graden noch nicht in einer entsprechenden Vertretung in der Elite niederschlägt. Der Prozeß ist jedoch im Gange: wie Abbildung 2 zeigt,

---

<sup>26</sup> Vgl. Herzog (1975), S. 67-93.

<sup>27</sup> Die auf den ersten Blick erstaunliche Abweichung der Wissenschaft von einer hundertprozentigen Akademikerquote erklärt sich aus der Einbeziehung der Kanzler in unsere Untersuchung.

<sup>28</sup> Vgl. Bürklin, Neu, Veen (1997), S. 84-90.

<sup>29</sup> Vgl. Geißler (1992), S. 240.

nimmt in den jüngeren Kohorten der Frauenanteil deutlich zu. Mithin ist zu erwarten, daß mit dem Ausscheiden der älteren Elitemitglieder und dem Nachrücken jüngerer Jahrgänge zunehmend Frauen in die Führungsschicht vordringen werden.

- Abbildung 2 etwa hier -

Als erworbenes Merkmal erscheint schließlich die Mitgliedschaft in einer Partei interessant, da sie einen Hinweis auf die Bindung an das politische System gibt. Die Erkenntnisse der politischen Partizipationsforschung lassen vermuten, daß die Führungsschicht häufiger als die übrigen Bürger parteipolitisch organisiert sei, da mit höherer Bildung und anderen Insignien eines hohen Sozialstatus eine wachsende Neigung zur Parteimitgliedschaft einhergeht.<sup>30</sup> Ferner ist zu erwarten, daß sich in der Politik und den politiknahen Sektoren, wie der Verwaltung, weit mehr Parteimitglieder finden als etwa in der Wirtschaft, weil sich in ersteren die politische Gesinnung zuweilen als nützliches Steuerungsinstrument erweist.<sup>31</sup>

Die Empirie stützt diese Hypothesen. Denn tatsächlich liegt der Organisationsgrad mit 71% ausgesprochen hoch und weit über dem Wert von weniger als 5% in der Gesamtbevölkerung.<sup>32</sup> Ebenso unterscheiden sich die Sektoren in der erwarteten Weise. Volksvertreter und Kommunalpolitiker sind vollständig parteipolitisiert, die Angehörigen der Verwaltung und der Gewerkschaften zu 80% bzw. 71%, wobei ersteres auf die Nähe zur Politik,<sup>33</sup> letzteres auf die Verflechtung der Gewerkschaftsbewegung mit der Sozialdemokratie hindeutet. Dagegen finden sich in Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Kultur lediglich 20 bis 30% Parteimitglieder, was zwar weit unter den Werten der politiknahen Sektoren, aber immer noch deutlich über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegt und die Statusthese unterstreicht.

Alles in allem bestehen zwischen Elite und Bevölkerung erhebliche Differenzen in der Zusammensetzung. Diese vermögen jedoch weniger zu überraschen, als daß sie als weitere Bestätigung des Gesetzes von der zunehmenden Disproportionalität<sup>34</sup> gelesen werden können, das eine mit der Positionshöhe zunehmende Dominanz Angehöriger privilegierter Bevölkerungsschichten postuliert.

---

<sup>30</sup> Vgl. etwa Bürklin, Neu, Veen (1997), S. 22-30.

<sup>31</sup> Vgl. Derlien (1984), S. 823.

<sup>32</sup> Vgl. etwa Rudzio (1996), S. 174.

<sup>33</sup> Unterscheidet man weiter zwischen Ministerialverwaltung und nachgeordneter Verwaltung, erweist sich jene als deutlich stärker parteipolitisiert als diese. Dies erscheint plausibel, da die Ministerialbürokratie unter anderem mit der Erarbeitung politischer Programme befaßt ist, während bei der nachgeordneten Verwaltung das Schwergewicht auf dem Vollzug von Programmen liegt.

<sup>34</sup> Vgl. Putnam (1976), S. 33-36.



#### IV.

In der repräsentativen Demokratie kommt Eliten eine zentrale Rolle zu, da ihnen kollektiv bindende Entscheidungen vollständig anheimgestellt sind oder ihre prominente Stellung es ihnen zumindest erlaubt, die Problemdefinition und die Auswahl unter konkurrierenden Lösungsvorschlägen maßgeblich zu beeinflussen. Folglich verspricht ein Blick auf die politischen Einstellungen der Führungsschicht, einen Eindruck von der politischen Agenda des Landes zu vermitteln. Deshalb wollten wir erfahren, welche Probleme in Rheinland-Pfalz die Elite für am wichtigsten halte. Mit großem Abstand rangiert die Arbeitslosigkeit an der Spitze der politischen Tagesordnung: 61% sehen darin das drängendste Problem des Landes (vgl. Tabelle 3). Es folgt die Sorge um Rheinland-Pfalz als Wirtschaftsstandort. Eine Bildungsmisere wird ebenso von einem Viertel der Befragten moniert wie Finanzprobleme des Fiskus, wohinter sich sowohl Defizite auf Landesebene als auch die prekäre finanzielle Situation vieler Kommunen verbergen. Ein Fünftel der Führungskräfte nennt die Konversion, 15% führen die Strukturschwäche des Landes an, und je ein Zehntel verweist auf die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform, betrachtet ökologische und soziale Aufgaben sowie Probleme auf dem Felde der inneren Sicherheit als gravierend. Zusammengenommen unterscheidet sich der rheinland-pfälzische Problemhaushalt nur durch kleinere regional gefärbte Einsprengsel von dem anderer Landstriche, da mit der Arbeitslosigkeit einem nicht landesspezifischen Problem die größte Priorität eingeräumt wird, während für Rheinland-Pfalz eigentümliche Fragen wie die Konversion und die Strukturschwäche deutlich weniger wichtig erscheinen.

Dieses Bild gilt aber nicht für alle Elitesektoren gleichermaßen. Zwar sehen alle Führungskräfte in der Arbeitslosigkeit das größte Problem, jedoch variiert die Intensität dieses Eindrucks erheblich. Während die Abgeordneten, die Gewerkschafter und die Kirchenvertreter zu etwa drei Viertel das Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt anführen, sehen unter den Wirtschaftsführern und den obersten Richtern lediglich 50% darin ein zentrales Problem - ein Kontrast, der sich auf die divergierenden Interessen der Akteure zurückführen läßt.

Zudem setzen die einzelnen Sektoren unterschiedliche Schwerpunkte. So heben die befragten Kommunalpolitiker die finanziellen Probleme der öffentlichen Hand besonders hervor, wobei in diesem Fall der Blick vor allem auf die angespannten kommunalen Haushalte gerichtet ist. Aus ähnlichen Prägungen im Berufsalltag läßt sich erklären, daß die Spitzen der

Rechtsprechung die innere Sicherheit besonders betonen. Ebenso plausibel ist das geringe Gewicht, das die Gewerkschafter der Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz beimessen, da diese Vokabel als vom Gegner in der ökonomischen Auseinandersetzung besetzt zu gelten scheint.

- Tabelle 3 etwa hier -

Ebenso wichtig wie die Frage, welche Punkte die Führungsschicht auf die politische Tagesordnung gesetzt sehen will, ist, welche Position die Elite zu konkreten Problemen einnimmt. Deshalb wollten wir zunächst wissen, wie die Führungsschicht zum Plan der Landesregierung steht, die Bezirksregierungen aufzulösen und an ihre Stelle für das ganze Land zuständige "Service-Center" für bestimmte Aufgaben zu setzen.<sup>35</sup> Diese Neuerung findet mit einem Wert von 4,2 auf einer Skala von 1 bis 7 leichte Zustimmung (vgl. Tabelle 4), ist aber weit davon entfernt, enthusiastisch begrüßt zu werden. Am ehesten kann die Bewertung unter den Wirtschaftsvertretern und den Spitzen in den Medien als überaus positiv gelten. Dagegen zeigen sich die Befragten aus der Justiz, die Kommunalpolitiker sowie die Landtagsabgeordneten recht skeptisch, was in den ersten beiden Fällen darauf hindeutet, daß die Praktiker die Koordinierungsleistung der Bezirksregierungen schätzengelernet haben, in letzterem jedoch eher paradox anmutet, da die Regierung dem Landtag verantwortlich ist. Dieser Eindruck verschwindet jedoch, wenn man die Fraktionen getrennt betrachtet. Denn nun enthüllt sich eine Verteilung, die dem Wechselspiel von Regierungsmehrheit und Opposition, das sich der Funktionslogik des parlamentarischen Systems verdankt, entspricht. Im Regierungslager begrüßen die FDP-Parlamentarier als treibende Kraft hinter der Neuerung diese einhellig (7,0), und die SPD-Abgeordneten sind ihr mehrheitlich wohlgesonnen (5,3); dagegen stößt sie in den beiden Oppositionsfraktionen auf heftigen Widerspruch (CDU: 1,2; Bündnis 90/Die Grünen: 1,3).

Weiterhin sollte die Elite angeben, was sie von der periodisch lancierten Idee halte, im Falle einer Länderneugliederung "Rheinland-Pfalz mit einem oder mehreren Bundesländern zu einer größeren Einheit" zusammenzuschließen. Um die grundsätzliche Fusionsbereitschaft zu erfassen, blieb dabei offen, ob lediglich eine Zusammenlegung mit dem Saarland, gewissermaßen dessen Annexion als 25. Landkreis,<sup>36</sup> oder eine Fusion gleichberechtigter Partner, etwa von Rheinland-Pfalz, des Saarlandes und Hessens,<sup>37</sup> zur Diskussion stehe. Wie

---

<sup>35</sup> Mithin entpuppt sich die avisierte "Auflösung" der Mittelinstanzen bei genauerem Hinsehen als Übergang vom territorialen zum divisionalen Prinzip bei der Organisation der nachgeordneten Landesverwaltung. Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.12.1997, S. 6.

<sup>36</sup> Diese Variante propagiert der Vorschlag zur Länderneugliederung, den jüngst der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Döring vorgelegt hat. Vgl. Wehner (1998), S. 4.

<sup>37</sup> Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.3.1998, S. 14. Vgl. Otnad, Linnartz (1997).

der Wert von 4,6 ausweist, zeigt sich die Elite gegenüber einem Neuzuschnitt der Landesgrenzen etwas aufgeschlossener als gegenüber der Verwaltungsreform. Als entschiedenste Befürworter entpuppen sich dabei wiederum die Vertreter der Wirtschaft, aber auch die Befragten in der Verwaltung und der Justiz. Dagegen stößt der Vorschlag bei der kulturellen Elite und den Landtagsabgeordneten auf die größte Zurückhaltung.<sup>38</sup>

- Tabelle 4 etwa hier -

Standpunkte zu einzelnen politischen Problemen bündeln in der repräsentativen Demokratie die Parteien zu politischen Programmen, weshalb ihnen bei der politischen Willensbildung eine zentrale Stellung zuwächst. Aus diesem Grunde haben wir die Führungskräfte nach ihren Einstellungen zu den in Rheinland-Pfalz relevanten Parteien gefragt. Der größten Wertschätzung erfreut sich die SPD, die auf einer Sympathieskala von -5 bis +5 den Wert 1,2 erreicht (vgl. Tabelle 5). Annähernd ambivalent ist die Haltung gegenüber CDU und FDP, wobei erstere leicht positiv, letztere leicht negativ bewertet wird. Schlechter schneidet Bündnis 90/Die Grünen mit -1,3 ab, und die selbsternannten Republikaner (REP) sind mit -4,9 deutlich abgeschlagen. Damit unterscheidet sich das Muster etwas von dem in der allgemeinen Bevölkerung,<sup>39</sup> wo die drei klassischen Parteien auf eine geringere Resonanz stoßen als in der Elite, während die Bündnisgrünen, die sogar die FDP hinter sich lassen, und die Republikaner etwas besser abschneiden. Einen Teil dieser Diskrepanz vermag wohl der erheblich höhere parteipolitische Organisationsgrad der Führungskräfte zu erklären.

In den einzelnen Sektoren finden sich recht unterschiedliche Rangordnungen. Auffällig ist das Muster der Gewerkschaftsvertreter, die erwartungsgemäß die SPD deutlich an die erste Stelle setzen, vor den Bündnisgrünen; erst mit großem Abstand folgen CDU und FDP. Den Gegenpol zu den Gewerkschaften bilden die Wirtschaftseliten. Hier rangieren FDP und CDU an der Spitze, die SPD wird neutral eingestuft, und die Bündnisgrünen kommen sehr schlecht weg. Mithin fügt sich die Empirie gut in das auf Grund der gesellschaftlichen Konfliktstruktur und deren Verknüpfung mit dem Parteiensystem erwartete Bild.<sup>40</sup>

---

<sup>38</sup> Im Landtag sind die Einschätzungen weit weniger polarisiert (SPD: 3,0; FDP: 4,2; CDU: 4,6; B90/Grüne: 4,8) als im Falle der Verwaltungsreform, was wohl damit erklärt werden kann, daß eine solche Reform bisher noch nicht konkret diskutiert wird.

<sup>39</sup> Zu diesem Zweck haben wir die Sympathiebewertungen der Bundesparteien seitens der Rheinland-Pfälzer (n=190), die im ersten Halbjahr 1998 im Rahmen der werktäglichen Erhebungen des Forsa-Instituts befragt wurden, herangezogen. Die geringe Fallzahl erscheint unproblematisch, da sich sehr ähnliche Ergebnisse im Jahr 1997 mit einer weit breiteren empirischen Basis ergeben. Die Verwendung der Einschätzung der Bundesparteien läßt sich damit rechtfertigen, daß 1996 Befragungen zu den Bundes- und den Landesparteien strukturell gleiche Befunde hervorgebracht haben.

<sup>40</sup> Vgl. grundlegend dazu Lipset/Rokkan (1967).

- Tabelle 5 etwa hier -

Betrachtet man die Parteien nicht als separate Einheiten, sondern als Elemente in einem Parteiensystem, sind die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen von Interesse, also die Frage, welche Parteien als potentielle Bündnispartner und welche als Gegner gelten.<sup>41</sup> Die Vorstellungen der Elite und der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz dazu zu untersuchen erscheint insofern besonders interessant, als in diesem Bundesland auf Bundes- und Landesebene zwei unterschiedliche Referenzmodelle zur Verfügung stehen: auf der einen Seite das Bonner Modell, das eine Frontstellung zwischen CDU und FDP einerseits sowie SPD und Bündnisgrünen andererseits erwarten läßt, auf der anderen Seite die Mainzer Lösung mit einer sozialliberalen Koalition, die einer politisch inhomogenen schwarz-grünen Opposition gegenübersteht.

Ein Instrument, dies empirisch zu untersuchen, ist die multidimensionale Skalierung, die es erlaubt, aus den Sympathiebewertungen zwischen den Parteien wahrgenommene Distanzen zu ermitteln.<sup>42</sup> An den resultierenden Konstellationen im zweidimensionalen Raum<sup>43</sup> fällt auf (vgl. Abbildungen 3 und 4), daß die Republikaner sowohl in der Bevölkerung als auch in der Elite deutlich isoliert sind, was für einen Konsens der Demokraten gegen radikale Kräfte spricht. Die vier etablierten Parteien stehen in der Wahrnehmung der Bevölkerung einander beinahe äquidistant gegenüber, einzig Bündnisgrüne und CDU gelten als unvereinbar. Alle anderen Koalitionen scheinen den Bürgern möglich und akzeptabel, so daß den Parteien ein erheblicher Spielraum bei der Formierung von Regierungen bleibt.

Im Vergleich zu diesem eher amorphen Bild zeichnen sich die elitären Vorstellungen durch schärfere Konturen aus.<sup>44</sup> Die Führungskräfte sehen CDU und FDP als Verbündete, denen SPD und Bündnisgrüne gegenübertreten. Das Mainzer Modell einer sozialliberalen Koalition hat es also trotz seiner mittlerweile siebenjährigen Dauer nicht vermocht, das seitens der Elite wahrgenommene Parteiensystem zu prägen, und mutet immer noch eher wie eine widernatürliche Verbindung an. Statt dessen orientieren sich die elitären Vorstellungen von den Beziehungen der rheinland-pfälzischen Parteien zueinander an der Bonner Konstellation.

- Abbildungen 3 und 4 etwa hier -

---

<sup>41</sup> Vgl. etwa Jesse (1997), S. 60.

<sup>42</sup> Vgl. etwa Borg/Groenen (1997).

<sup>43</sup> Die Stress-Koeffizienten von 0,033 (Bevölkerung) und 0,076 (Elite) sprechen für die Angemessenheit zweidimensionaler Lösungen.

<sup>44</sup> Dies liefert einen weiteren Beleg für den Befund von Converse (1964), daß Höhergebildete über klarer strukturierte Einstellungssysteme verfügen.

Einstellungen zu politischen Sachfragen und den Parteien schlagen sich im Wahlverhalten nieder, weshalb wir in einem letzten Schritt untersuchen, wie sich die rheinland-pfälzische Elite bei der Landtagswahl 1996 entschieden hat. Zunächst läßt sich feststellen, daß die Führungskräfte häufiger als die übrigen Bürger den Weg zum Wahllokal auf sich genommen haben. Denn während laut amtlichem Ergebnis 29,2% der Wahlberechtigten auf eine Stimmabgabe verzichteten, geben lediglich zwei Prozent unserer Befragten an, nicht gewählt zu haben. Dies bestätigt wahlsoziologische Befunde, daß ein höherer sozialer Status mit einer höheren Wahlbeteiligung einhergeht.<sup>45</sup>

- Tabelle 6 etwa hier -

Ein Blick auf die Stimmverteilung auf die einzelnen Parteien fördert eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Erst- und dem Zweitstimmenresultat zutage. Während unser Befragungsergebnis mit dem amtlichen Erststimmenergebnis beinahe deckungsgleich ist, fallen die Zweitstimmenergebnisse eklatant auseinander. Hätte allein die Elite zu entscheiden, schrumpften die beiden Volksparteien auf Drittelparteien und die FDP stiege zu einer 20%-Gruppierung auf, wie auch die Bündnisgrünen die 10%-Marke hinter sich ließen (vgl. Tabelle 6). Sofern die Zweitstimmenentscheidung die wahre politische Präferenz offenbart, lassen diese Befunde auf deutliche Interessenunterschiede zwischen Bevölkerung und Elite schließen. Politische Brisanz gewinnen diese dadurch, daß den Führungskräften bevorzugte Kanäle offenstehen, ihren Interessen in der Politik Gehör zu verschaffen. Mithin könnte den Forderungen der beiden potentiellen kleinen Koalitionspartner größerer Erfolg beschieden sein, als es ihr Rückhalt in der Gesamtbevölkerung zu rechtfertigen vermag.

## V.

Unsere Überlegungen haben gezeigt, daß sich die rheinland-pfälzische Führungsschicht in ihrer Zusammensetzung deutlich von der allgemeinen Bevölkerung des Landes unterscheidet. Denn die Führungsschicht besteht zu einem übergroßen Teil aus Männern, Hochgebildeten und Personen mittleren bis höheren Alters. Zudem ist es in der Führungsschicht üblich, Mitglied in einer Partei zu sein. Mithin ist die Elite in dieser Hinsicht kein Spiegelbild der

---

<sup>45</sup> Siehe etwa Falter, Schumann (1994), S. 175-203. Zur Relativierung des hohen Elitewertes sei angemerkt, daß in Umfragen die Wahlbeteiligung systematisch überschätzt wird, was darauf zurückgeführt werden kann, daß die Wahlbeteiligung als sozial erwünscht gilt. Vgl. z.B. Katosh, Traugott (1981).

Gesellschaft, sondern ein Ausschnitt, dessen Komposition in den Auslesemechanismen auf dem Weg zu den Führungspositionen begründet liegt.

Solche Unterschiede legen die Vermutung nahe, daß die Führungsschicht in ihren politischen Orientierungen von der allgemeinen Bevölkerung abweicht. Während die Tatsache, daß an der Spitze der elitären Agenda die Arbeitslosigkeit steht, eher auf einen Gleichklang zwischen Führungsschicht und Bevölkerung hindeutet, sind in den Einstellungen zu den Parteien und im Wahlverhalten deutliche Diskrepanzen zu entdecken. Dies läßt, sofern die Entscheidung für eine Partei politisch-inhaltliche Vorlieben widerspiegelt, auf ein zumindest teilweises Auseinanderfallen von Elite und Bevölkerung in ihren politischen Ansichten schließen.

Jedoch sollten solche Differenzen nicht zu dem voreiligen Schluß verleiten, die Elite habe sich von der Bevölkerung abgekoppelt und handele gegen deren Interessen. Denn damit sich die Interessen- und Einstellungsunterschiede in entsprechenden politischen Entscheidungen niederschlagen, muß die Führungsschicht willens sein, ihre privilegierte Position für eigene Interessen zu nutzen. Führt man sich die Prosperität und den sozialen Frieden im Lande vor Augen, so darf man aber wohl davon ausgehen, daß die Elite ihre Aufgaben durchaus im Sinne der Bürger erfüllt.

## Literatur

- von Arnim, Hans Herbert (1993): Staat ohne Diener: Was schert die Politiker das Wohl des Volkes? München 1993.
- von Arnim, Hans Herbert (1997): Fetter Bauch regiert nicht gern: Die politische Klasse selbstbezogen und abgehoben. München 1997.
- Borg, Ingwer, Patrick Groenen (1997): Modern Multidimensional Scaling. New York 1997.
- Bürklin, Wilhelm, Hilke Rebenstorf (Hrsg.) (1997): Eliten in Deutschland. Opladen 1997.
- Bürklin, Wilhelm, Viola Neu, Hans-Joachim Veen (1997): Die Mitglieder der CDU. St. Augustin 1997.
- Converse, Philip E. (1964): The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David E. Apter (Hrsg.), Ideology and Discontent. New York 1964, S. 206-261.
- Derlien, Hans-Ulrich (1984): Verwaltungssoziologie, in: Albert von Mutius (Hrsg.), Handbuch für die öffentliche Verwaltung, Bd. 1. Neuwied 1984, S. 793-869.
- Derlien, Hans-Ulrich (1988): Verwaltung zwischen Berufsbeamtentum und Parteipolitik: Personalrekrutierung und Personalpatronage im öffentlichen Dienst, in: Politische Bildung, 21.Jg., S. 57-72.
- Derlien, Hans-Ulrich (1998): Elitezirkulation in Ostdeutschland 1989-1995, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1998, B 5, S. 3-17.
- Dillman, Don A. (1978): Mail and Telephone Surveys - the Total Design Method. New York 1978.
- Drewe, Paul (1974): Methoden zur Identifizierung von Eliten, in: Jürgen van Koolwijk, Maria Wieken-Mayser (Hrsg.), Techniken der empirischen Sozialforschung, Band 4: Erhebungsmethoden: Die Befragung. München/Wien 1974, S. 162-179.
- Edinger, Lewis J. (1960): Post-Totalitarian Leadership. Elites in the German Federal Republic, in: American Political Science Review, Vol. 54, 1960, S. 58-82.
- Falter, Jürgen W., Siegfried Schumann (1994): Der Nichtwähler - das unbekanntes Wesen, in: Hans-Dieter Klingemann, Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen 1994, S. 161-213.
- Geißler, Rainer (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands. Bonn 1992.
- Glötz, Peter, Rita Süssmuth, Konrad Seitz (1992): Die planlosen Eliten: Versäumen wir Deutschen die Zukunft? München 1992.
- Herzog, Dietrich (1975): Politische Karrieren. Opladen 1975.

- Hippler, Hans-Jürgen, Kristiane Seidel (1985): Schriftliche Befragungen bei allgemeinen Bevölkerungstichproben - Untersuchungen zur Dillmanschen "Total Design Method", in: ZUMA-Mitteilungen 16, S. 39-56.
- Hoffmann-Lange, Ursula (1992): Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen 1992.
- Jennings, M. Kent (1983): Gender Roles and Inequalities in Political Participation: Results from an Eight-Nation Study, in: Western Political Quarterly, 1983, S. 364-385.
- Jesse, Eckhard (1997): Die Parteien im westlichen Deutschland von 1945 bis zur deutschen Einheit 1990, in: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn 1997, S. 59-83.
- Katosh, John P., Michael W. Traugott (1981): The Consequences of Validated and Self-Reported Voting Measures, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 45, 1981, S. 519-535.
- Lasch, Christopher (1995): Die blinde Elite. Hamburg 1995.
- Lenk, Kurt (1982): 'Elite' - Begriff oder Phänomen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1982, B 42, S. 27-37.
- Lipset, Seymour M., Stein Rokkan (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: Seymour M. Lipset, Stein Rokkan (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York 1967, S. 1-64.
- Niedermayer, Oskar (1989): Innerparteiliche Partizipation. Opladen 1989.
- Ogger, Günter (1992): Nieten in Nadelstreifen: Deutschlands Manager im Zwielficht. München 1992.
- Ortega y Gasset, José (1993): Der Aufstand der Massen. Stuttgart 1993 (zuerst 1930).
- Ottndad, Adrian, Edith Linnartz (1997): Föderaler Wettbewerb statt Verteilungsstreit: Vorschläge zur Neugliederung der Bundesländer und zur Reform des Finanzausgleichs. Frankfurt/Main 1997.
- Patzelt, Werner J. (1995): Abgeordnete und ihr Beruf. Berlin 1995.
- Putnam, Robert D. (1976): The Comparative Study of Political Elites. Englewood Cliffs 1976.
- Rudzio, Wolfgang (1996): Einführung in das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 4.Auflage. Opladen 1996.
- Stammer, Otto (1951): Das Elitenproblem in der Demokratie, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 71.Jg., 1951, S. 513-540.
- Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft, 5.Auflage. Tübingen 1980 (zuerst 1921).



- Wehner, Markus (1998): Döring will mit Neugliederung die innere Einheit gewinnen, in:  
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.7.1998, S. 4.
- Wildenmann, Rudolf et al. (Hrsg.) (1982): Führungsschicht in der Bundesrepublik  
Deutschland 1981. Mannheim 1982.
- Zapf, Wolfgang (1965): Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell  
deutscher Führungsgruppen 1919-1961. München 1965.

Tabelle 1: Zahl der Befragten und der realisierten Interviews nach Elitesektoren

Sektor	Befragte	realisierte Interviews	Rücklaufquote
Landtagsabgeordnete	101	60	59,4
Parteien - Land und Bezirke*	62	43	69,4
Parteien - Kreise	125	49	39,2
Ministerialverwaltung	73	47	64,4
Nachgeordnete Verwaltung	48	22	45,8
Kommunen	73	42	57,5
Wirtschaft und Wirtschaftsverbände	157	68	43,3
Gewerkschaften	44	24	54,5
Justiz	20	13	65,0
Wissenschaft	30	19	63,3
Medien	37	22	59,5
Kultur	20	4	20,0
Kirchen	18	10	55,6
Sonstige Vereinigungen	23	11	47,8
Gesamt	831	434	52,2

\* Neben Inhabern von Parteiämtern finden sich in dieser Rubrik die Landesminister ohne Mandat.

Tabelle 2: Frauenanteil, Durchschnittsalter, Akademikeranteil und Anteil der Parteimitglieder unter der rheinland-pfälzischen Führungsschicht

Sektor	Frauen in %	Alter in Jahren	Studium in %	Parteimitglieder in %
Abgeordnete	33	49,2	70	100
Parteien - Land und Bezirke	23	50,4	84	100
Parteien - Kreise	12	46,1	67	100
Ministerialverwaltung	9	54,7	96	85
Nachgeordnete Verwaltung	-	56,6	82	68
Kommunen	2	52,4	88	98
Wirtschaft und Wirtschaftsverbände	3	54,8	85	28
Gewerkschaften	29	48,4	42	71
Justiz	8	59,2	100	46
Wissenschaft	17	53,3	95	28
Medien	5	50,2	80	14
Kultur	25	58,3	100	-
Kirchen	-	58,3	100	20
Sonstige Vereinigungen	-	46,2	91	55
Gesamt	13	51,8	81	71

Tabelle 4: Zustimmung zur Abschaffung der Bezirksregierungen und zu einer Länderneugliederung\*

Sektor	Bezirksregierung	Neugliederung
Abgeordnete	3,8	3,8
Parteien - Land und Bezirke	4,4	4,5
Parteien - Kreise	3,8	4,5
Ministerialverwaltung	3,9	4,8
Nachgeordnete Verwaltung	4,1	5,4
Verwaltung	4,0	5,0
Kommunen	3,6	4,9
Wirtschaft und Wirtschaftsverbände	5,1	5,4
Gewerkschaften	4,2	4,1
Justiz	3,4	5,4
Wissenschaft	4,5	4,9
Medien	5,1	4,7
Kultur	4,3	4,0
Kirchen	2,6	3,4
Sonstige Vereinigungen	3,8	4,1
Gesamt	4,2	4,6

\* Die Fragen lauteten: “Vor kurzem hat die Landesregierung beschlossen, die Bezirksregierungen aufzulösen. Was halten Sie von diesem Vorhaben?” und “Es gibt immer wieder einmal Vorschläge, das Bundesgebiet neu zu gliedern. Würden Sie es begrüßen, wenn bei dieser Gelegenheit Rheinland-Pfalz mit einem oder mehreren Bundesländern zu einer größeren Einheit zusammengeschlossen würde?”; Antwortvorgabe: 1 (lehne ab) bis 7 (stimme zu).

Tabelle 5: Sympathiebewertung\* der politischen Parteien in Rheinland-Pfalz seitens der Elite und der Bevölkerung (Mittelwerte)

	SPD	CDU	FDP	B90/Grüne	REP
Abgeordnete	1,5	-0,3	-0,2	-0,3	-4,9
Parteien – Land und Bezirke	0,6	0,2	0,2	-1,9	-4,7
Parteien - Kreise	0,4	-0,2	-2,4	-0,4	-5,0
Ministerialverwaltung	2,2	-0,6	-0,7	-1,1	-5,0
Nachgeordnete Verwaltung	1,6	0,8	-0,4	-1,1	-4,9
Kommunen	1,3	0,7	-0,8	-2,4	-5,0
Wirtschaft	0,1	1,7	1,8	-3,2	-4,9
Gewerkschaften	3,0	-2,1	-3,0	1,0	-5,0
Justiz	-0,5	0,3	0,6	-2,8	-4,8
Wissenschaft	2,5	0,1	1,3	-0,3	-4,9
Medien	1,4	1,5	1,1	-0,9	-4,9
Kultur	1,8	1,8	-0,2	0,0	-5,0
Kirchen	1,6	2,8	-1,9	-2,0	-5,0
Sonstige Vereinigungen	1,9	-1,0	-0,7	0,2	-4,9
Elite insgesamt	1,2	0,3	-0,3	-1,3	-4,9
Bevölkerung	0,5	-0,7	-1,5	-0,9	-4,1

\* Die Frage lautete: "Uns würde interessieren, wie Sie über die politischen Parteien in Rheinland-Pfalz denken. Hier haben wir eine Art Thermometer. Je weiter Sie auf der Skala nach rechts gehen, um so sympathischer ist Ihnen die betreffende Partei; je weiter Sie auf der Skala nach links gehen, um so mehr lehnen Sie diese Partei ab. Ganz allgemein: Was halten Sie von..."; Antwortvorgabe: -5 (sehr unsympathisch) bis +5 (sehr sympathisch).

Tabelle 6: Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 1996 - amtliches Wahlergebnis und Stimmverhalten der Führungsschicht (Stimmenanteile in %)

	Erststimme		Zweitstimme	
	amtliches Ergebnis	Elite	amtliches Ergebnis	Elite
SPD	41,3	44,2	39,8	35,4
CDU	42,0	40,9	38,7	32,4
FDP	6,7	7,6	8,9	21,2
Bündnis 90/Die Grünen	6,6	7,3	6,9	11,0
Sonstige	3,4	-	5,7	-

Abbildung 1: Alterszusammensetzung von Elite und Bevölkerung in Rheinland-Pfalz (in %)

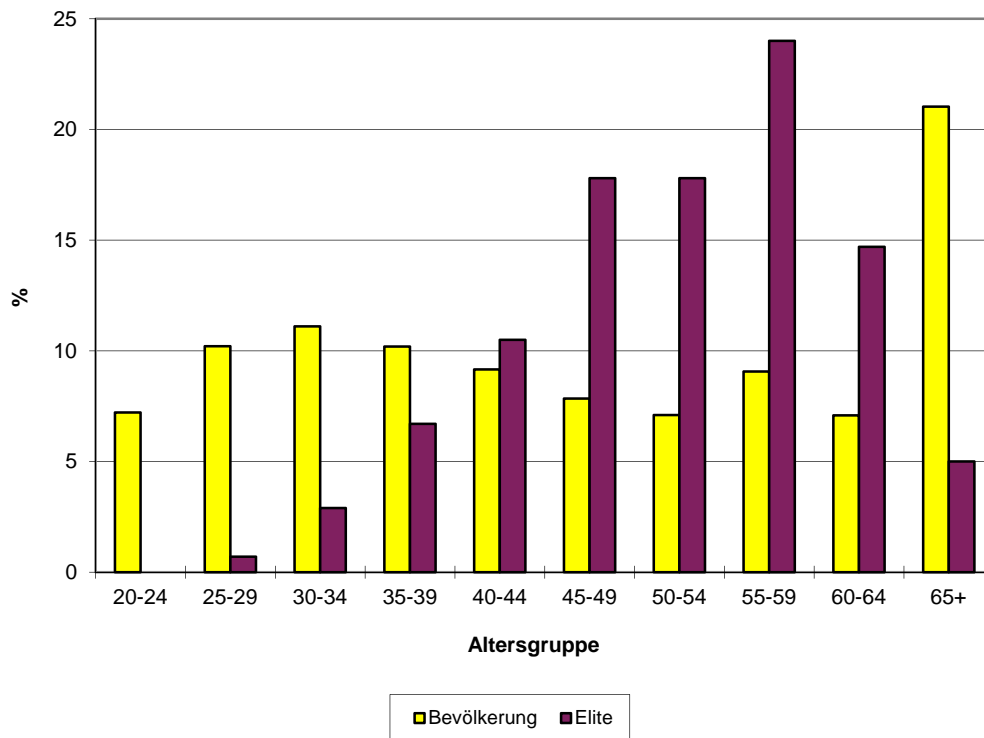


Abbildung 2: Frauenanteil an der rheinland-pfälzischen Elite nach dem Lebensalter (in %)

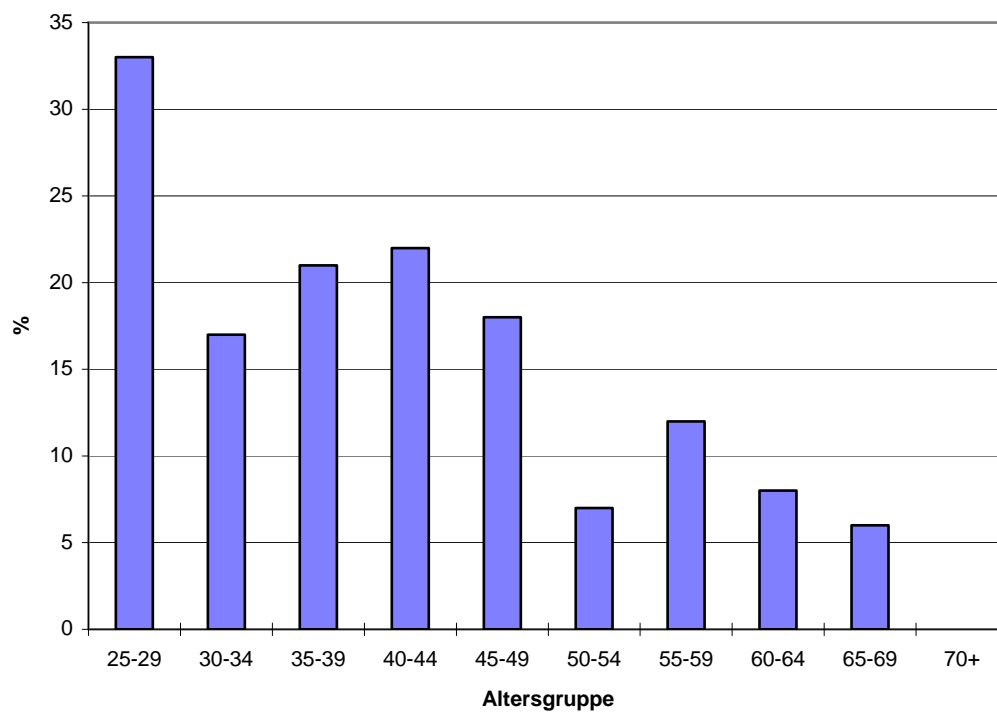


Abbildung 3: Die rheinland-pfälzischen Parteien in der Wahrnehmung der Bevölkerung (multidimensionale Skalierung)

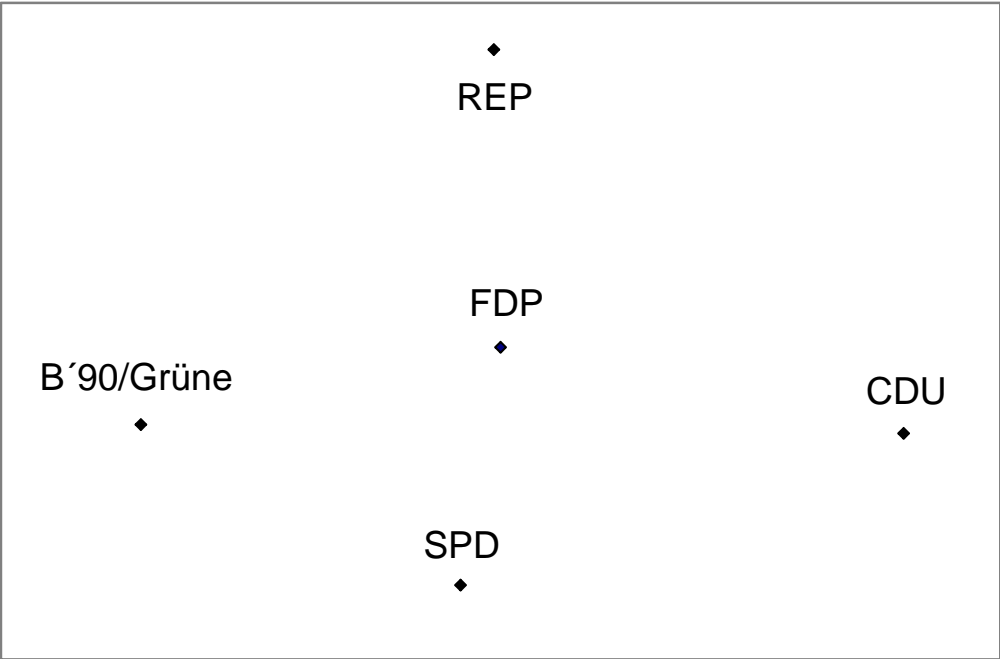


Abbildung 4: Die rheinland-pfälzischen Parteien in der Wahrnehmung der Elite (multidimensionale Skalierung)

